

Bühne
ode
 Hauptmann
ung
 beschreiben
 nte auf
 erg freund-
 1829
Wert
 des
 Zugführer
 gen.
 Einladung
lung.
 on hier und
sen
 trichtigste Be-
 inden prompt
meister.
erglas
arantol
 reinmachen
 pflicht
-Drogerie
 enz, Nagold.
 ubstanz.
irat.
 kann, ganz allein-
 Jahre, mit Haus
 gung, Obstgarten,
 A bar, wünscht
 etwas vermög-
 lein nicht unter
 zwecks Privat
 ernten. 1837
 unter M. 109 an
 stelle des Blattes.
ringen.
erkaufe
 me neue
maschine.
A. Vader.
 ter Verehrung
 es neu 1846
tin Leins
 ngen C. H. Koch

Verkauf an jedem Werk-
 tag, Bestellungen nehme
 zentrale Postanstalten
 als Postboten entgegen.
 Preis vierzehnteljähr-
 lich 8.40
 auswärts M. 8.70
 einschließlich der Postgebühren.
 Monatlich nach Verhältnis.
 Einzelne Hefen für die
 ständige Leserschaft aus ge-
 wöhnlicher Schrift oder
 deren Raum bei einmali-
 ger Einrückung 40 Pf.
 bei mehrmaliger, Rabatt
 nach Tarif. Bei gesch.
 Weltverbreitung u. Konkurrenz
 ist der Rabatt herabzusetzen.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt
 Begründet 1826
 Freitag den 23. April 1920
 Fernsprecher 20
 94. Jahrgang

Bestellteste Zeitung im
 Oberamtsbezirk. — Ka-
 renzen sind daher aus-
 beßten Erfolg.
 Es wird kein Gewähr best-
 attemen, daß Kunden
 aber Reklamen in bestimmten
 Kapiteln aber an der ge-
 wöhnlichen Stelle erscheinen.
 In Fällen von höherer Be-
 deutung steht kein Anspruch auf
 Befreiung von Steuern aber auf
 Wiedergabe in Sonderdruck.
 Für alle Anzeigen wird le-
 berlich Gewähr übernommen.
 Telegramm-Adresse:
 Gesellschafter Nagold.
 Postfachkonto:
 Stuttgart 5113.

Nr. 94

Polnischer Größenwahn.

Dem „Scha. Merkur“ entnehmen wir folgendes Stim-
 mungsbild:
 Ostpreußen tag in der Nationalversammlung, Tag des
 Bruderhassbekenntnisses zu den abgetretenen Volksgenossen
 im Osten, Tag kommenden Protestes gegen den größten-
 wohnsinnig gewordenen Emporkömmling, der aus, leider
 muß man sagen, sein neu erstandenes staatliches Leben ver-
 dankt, ein Tag, der über alle Parteimeinungen hinweg wieder
 einmal das große Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen
 zeigen könnte. Komme, aber es doch nicht in voller, umfas-
 sender Sinfonie tut. So lahm sind die Seelen geworden, so
 berechnend und feilschend die Gehirne im menschenwürdigen
 freien Deutschland. Es gibt Mißlinge an diesem Tage.
 Beschämend ist es schon, eine wie geringe Zahl von Volks-
 vertretern es für angemessen hält, überhaupt bei diesem Pro-
 test gegen die unerhörten Uebergriffe der Polen im Saal
 anwesend zu sein. Eine weiche andere Resonanz würde eine
 entsprechende Interpellation in den Kammern in London,
 Paris oder Rom, ja wohl auch in Warschau gefunden haben.
 Der Abg. Bärede begründet, seine Erregung im Saal hal-
 tend, sehr sachlich die deutsch-nationale Anfrage, was die
 Reichsregierung gegen die von den Polen verhängte Sperre
 über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen zu tun gedenke.
 Er nimmt Gelegenheit, dem neuen Außenminister die Mit-
 arbeit seiner Partei in Aussicht zu stellen. Dr. Köster be-
 antwortet das sachlich Vorgetragene sachlich. Hier wirken die
 Tatsachen an sich so stark, daß es sich erübrigt, noch tiefere
 Gefühle zu Wort kommen zu lassen. Es entspricht nicht den
 Tatsachen, daß die Polen wegen des Kapp-Zufluges die Ver-
 handlungen in Warschau mit unserer Delegation abgebrochen
 haben. Unsere Unterhändler waren bereits mehrere Tage
 vor dem 13. März in Warschau, noch ehe in Berlin die
 Öffentlichkeit irgend etwas von dem drohenden Umsturz
 wußte. Der neue Herr im Auswärtigen Amt ist feilscher und
 lacher als sein Vorgänger. Er sollte sich auch vor solch
 kleinen Zeitweilern bewahren, die doch allzu leicht die ihm
 entgegengebrachte Sympathie schänden könnten. Als krasser
 Außenfeind, der in die sich entspinnde Debatte den ersten
 scharfen Mißklang hineindringt, zeigt sich der Genosse Wolff,
 der in ungläublicher Verkennung der Wichtigkeit des Augen-
 blicks sich nicht enthalten kann, die sozialistische Kampflin-
 ien gegen das alte Regime zu blasen. Das geht selbst den
 Koalitionsfreunden über die Hutschaur. Scharf u. left weist
 ihn der Demotat Heißel in die gebührenden Schranken zu-
 rück, hineinsprechend in die erregten Gesichtszüge aus der
 Mitte und von der Rechten, die schon während der Rede
 hatten erinnern wollen. Die traditionelle Polenfeindschaft
 des Zentrums läßt das volltönende Organ des Herrn Flei-
 scher nicht zu voller Entfaltung kommen. Der Redner muß
 sich auf kratzende Parierungen beschränken, wo er offenbar
 doch lieber so recht von Herzen losgewollt hätte. Diesen
 Ton aber, der von Herzen kommt, findet der Vertreter der
 Deutschen Volkspartei, Graf Dohna. Er legt auch man-
 nhaft den Finger auf die Wunde, an dem unter nationaler
 Äußerung immer und immer schwärzt. Der deutsch-nationale
 Schutz-Bromberg beschwört den Schatten Bismarcks herauf.
 Doch neben diesem Großen der Epigone in der auswärtigen
 Politik sich noch ein wenig allzu klein macht, ist verständlich.
 Dann wendet sich das Haus dem Reichsausgleichsgesetz und
 den übrigen Punkten der Tagesordnung zu.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. April. Präsident Fehrenbach eröffnet
 die Sitzung um 10 Uhr. Interpellation Bärede betreffend
 Durchgangsverkehr nach Ostpreußen
 durch polnisches Gebiet.
 Bärede (DN) begründet die Interpellation. Polen
 sollte uns zu Danks verpflichtet sein. Wir empfinden, was
 es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensver-
 trag sichert uns den freien Durchgangsverkehr auf allen
 Linien. Jetzt wird er auf die einseitige Redenabhaltung
 Gerecht-Marienwerder beschränkt. Ostpreußen soll vom Reich
 abgeschnürt werden. Die unerhörten Beschränkungen der
 Polen sind in Anträgen meiner Partei, der Demokraten und
 der Mehrheitssozialisten der Regierung zur Kenntnis gebracht
 worden. Die Regierung hat Abhilfe versprochen. Es ist
 aber noch immer nichts geschehen. Wir Ostpreußen
 wollen lieber mit Deutschland hungern, als mit
 den Polen Ueberflut haben. Es muß etwas
 geschehen, und zwar sofort. Die Einwohnerwehren
 müssen zum Schutz gegen den Bolschewismus in Ostpreußen
 erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Lage der Provinz muß
 gehoben werden. Wir hoffen, daß der neue Außenminister
 einen festen Geist der Initiative in sein Amt bringen wird.
 Reichsaussenminister Dr. Köster: Der polnische Korri-
 dor ist ein rein künstliches Gebilde, das dem Aufbau der
 wirtschaftlichen Gestaltung Europas ins Gesicht schlägt. Wer
 bärgt uns dafür, daß Polen bei der Abstempelung seiner
 Noten nicht fertig wird und die Sperre des Korridors
 ins Ungemeine verlangt. Wir müssen zu einem
 endgültigen Abkommen kommen, wie es ausgesetzt worden
 ist. Wir sind noch immer auf den Artikel 89 des Friedens-
 vertrags angewiesen, der uns die völlige Freiheit des Durch-

gangs noch nicht sichert. Gewisse Teilerfolge hatten wir bei
 Verhandlungen erreicht, als der Militärputsch dazwischenkam.
 Die Polen brachen die Verhandlungen ab, da sie die Voll-
 macht unserer Vertreter nicht mehr anerkannten. Wir mach-
 ten die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhand-
 lungen in Paris. Die Polen sind bereit, in die-
 sen Tagen die Besprechungen darüber zu be-
 ginnen. Nach Mitteilungen von heute morgen dürfen wir
 hoffen, daß sie zu einem gewissen Resultat führen werden.
 In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische
 Sperreerzählung, angeblich wegen der Banknotenab-
 stempelung, gelangt, die auch die deutsche Regierung sehr
 peinlich berührt hat. Die Strecke Gerecht-Marienwerder steht
 währenddessen nur für einzelne deutsche Wagen in polni-
 schen Jügen und nur bei Tage offen. Eine derartige plö-
 tliche Sperre entspricht mindestens nicht dem Sinne des Art.
 82 des Vertrags. Wir haben sofort Einspruch erhoben.
 Unsere Dramen sind besonders schwer davon betroffen. Wir
 haben auch bei der interalliierten Kommission in Paris pro-
 testiert. Morgen führt eine Abordnung des Auswärtigen
 Amtes des preussischen Ministeriums des Innern und des
 Justizministeriums nach Polen zur Regelung der Beamten-
 sache. Es ist in Aussicht vorhanden, die Pöhlswierigkeiten zu
 vermeiden. Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet
 erübrigen sich, weil wir schon die Ausfuhr gesperrt haben,
 da Polen keine wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllt
 hat. Die Abschließung Ostpreußens müssen wir durch
 Verbesserung der Seeverbindungen
 verhindern. Angesichts der ganzen polnischen Methode
 hält die Regierung es für ihre Pflicht, Polen zu bedenken
 zu geben, daß Polen mindestens so sehr auf
 Deutschland angewiesen ist, wie umgekehrt. Niemand
 weiß, wie die Dinge im Osten sich gestalten werden.
 Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen an
 seinen Grenzen wenigstens ein erträgliches Verhältnis zu
 ihnen halten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen
 wirtschaftlich und administrativ diejenige Selbstständigkeit zu
 gewähren, die es beanspruchen kann. Geistig und moralisch
 wollen wir mit den Ostpreußen in aller und vollen Freundschaft
 leben. (Beifall.)

Wolff (Soz.) schildert aus eigenem Erlebnis die Schi-
 kane der polnischen Soldaten und Beamten im polnischen
 Korridor.

Heidrich (Dem.) wünscht, daß die Unterhändler mit
 den Polen etwas weniger jaghaft umgehen. Das hängt mit
 dem veralteten Geiste im Auswärtigen Amt zusammen. Die
 Polen betrachten demgegenüber die Verhandlungen nicht vom
 sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt aus.

Dr. Fleischer (Z.): Die Polen täten gut daran, sich
 allmählich an die Bestimmungen des Vertrags zu gewöhnen,
 auch für sie einbindend sein werden, also nicht nur an den
 Paragraphen 89, sondern auch an den Paragraphen 88 und
 auch an den Paragraphen 93. An Stelle des Rechtes ist im
 Osten die Willkür getreten und das ist für das Ansehen des
 Obersten Rates und des Völkerbundes nicht eben förderlich.
 Die Abschaffung der Willkür liegt auch im Interesse der
 Polen selbst. Für die Forderungen und Bedürfnisse Ost-
 preußens muß im preussischen Gesamtministerium eine
 zentrale Stelle geschaffen werden. Der Seeverkehr nach Ostpreußen
 muß ausgebaut und subventioniert werden. Die Bemüh-
 ungen Stahmers in London, die Friedensbedingungen betr.
 des Schiffbaus zu unseren Gunsten abzuändern, müssen
 unterstützt werden. Das ist auch wegen der Abtötung
 wichtig. Das polnische Parlament hat schon beschlossen, eine
 Intervention einzutreten zu lassen, wenn die polnischen Kom-
 missionen sich zu schwach zeigen, die polnischen Anstimmenden
 zu schützen.

Gräf Dohna (DN): Dem Minister sind wir dankbar
 für seine Aufzählung energischer Maßnahmen, hätten aber
 vielleicht eine etwas schärfere Sprache gewünscht
 gegenüber dem heulenden Rechtsbruch der Polen.

Schulz (DN) wendet sich besonders gegen eine Aus-
 führung des Abg. Wolff, der die heutigen Schwierigkeiten
 mit Polen auf die preussische Polenpolitik und die Hafaristen
 zurückgeführt habe. Man möge Leute zu den Ver-
 handlungen nach Warschau schicken, die
 von den Dingen etwas verstehen. Unsere
 Außenpolitik mußte in Bismarckschem Geiste geführt werden.

Reichsminister Dr. Köster: Gegenüber einer Gewer-
 tung des Abg. Heidrich sei gesagt, daß eine der Abteilungen
 des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und eine
 Unterabteilung für Polen. Sonderabmachungen mit Polen
 existieren nicht, die die Polen berechneten, uns Schwierig-
 keiten zu machen. Dazug bleibt deutsch. Wenn wir hier
 aber Auslandspreise berechnen, so geschieht dies aus prakti-
 schen Rücksichten, um Schwierigkeiten unmöglich zu machen.

Reichstanzler Müller: Abg. Schulz ist noch in dem
 Gedankenkreis von vor 40-50 Jahren befangen. Die frem-
 den Diplomaten sind heute auch keine Feinde. Der Außen-
 minister soll durch seine Persönlichkeit und durch seine Politik
 Vertrauen im Auslande erwerben und dazu scheint mir Dr.
 Köster geeignet. (Beifall.)

Denke (MS): Herr Köster hat gestern sehr natio-
 nalistische Töne angeschlagen. Die Politik der Polen
 ist eine Frucht der Rechten. Die heutigen Minister sind

immer noch besser als die der alten Kern. Die Arbeiterschaft
 wird mit den Resten dieser Kern aufräumen. Daselbst
 W.L.S., das während der Kappjagd im Dienste der Reaktion
 stand, verbreitete neulich eine Meldung, in Polen sei ein
 Militärputsch zu befürchten. Das war natürlich Tendenz.
 Die Absicht der Interpellation war, für die Wähler zu wirken.

Damit schließt die Besprechung. Es folgt die dritte Be-
 ratung eines Gesetzes betreffend die Verlängerung von
 Patenten und Gebrauchsmustern. Der Entwurf wird
 ohne Debatte erledigt.

Dann beginnt das Haus die Beratung des Entwurfs
 eines Reichsausgleichsgesetzes.

Schneider-Franken (Bayern, Volksp.) Wir wollen
 diesen Ausgleich annehmen, aber keine Präzedenz für künf-
 tige Besteuerung schaffen. Sie haben keinen richtigen Er-
 mittlungsmassstab für das Vermögen. Das Papiergeld ist
 kein solcher Massstab.

Regierungsvortrag wird erklärt, daß alsbald dem Haus
 ein Steuerentwurf zugehen soll, welches die Volatagegewinne
 besteuert, aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rah-
 men der übrigen Steuerentwürfe hinausgeht. — Ohne erhebliche
 Debatte und mit unerheblichen Änderungen wird sodann
 der Gesetzentwurf erledigt, ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Be-
 fähigungsgesetzes.

Nach Bemerkungen der Abgeordneten Rieher (DN),
 Reil (Soz.), Dämeli (Unabh.), der bedauert, daß das eigent-
 liche Befähigungsgesetz jetzt nicht mehr revidiert werden wird,
 ferner der Abgeordneten Waldenstein (Dem.) und Dr.
 Rumm (DN) wird der Entwurf angenommen mit der Ab-
 änderung, daß außer den Goldmünzen auch Silbermünzen
 mit dem Metallwert zu bewerten sind.

Das Gesetz wird dann auch in dritter Lesung angenommen.
 Außerhalb der Tagesordnung kommt noch zur Beratung
 ein Antrag des Haushaltsausschusses betreffend die Auszah-
 lung der

Teuerungszuschläge für die Eisenbahnarbeiter
 und die Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preussischen
 Eisenbahnverwaltung und den Arbeiterorganisationen verein-
 bart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll
 für die übrigen Zweige der Verwaltung erteilt werden. Es
 handelt sich zunächst um einen Betrag von 2 1/2 Milliarden.

Reichsfinanzminister Wirth: Die finanzielle Tragweite
 ist außerordentlich groß für das Reich. Der Verkehrsminister
 und der Postminister sind mit mir einig, die Konsequenzen
 dieses Antrages auf uns zu nehmen. Die Reichsbefolungs-
 ordnung wird zunächst sich darauf aufbauen müssen. Die
 Verhandlungen über den Reichslohnstarif mit den Eisen-
 bahnorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die
 Eisenbahnarbeiter brauchen eine Verkleinerung nicht zu be-
 fürchten. Die Androhung des Streiks ist mit dem demokra-
 tischen Gedanken nicht zu vereinbaren. Durch sie darf sich
 niemand beeinflussen lassen. Aber wenn man die Zuschläge
 geben will, gebe man sie rasch. Mit der Bewilligung dieser
 Zuschläge ist allerdings die Finanzgebarung des Reichs auf
 lange hinaus auf das empfindlichste beeinflusst. Ich werde
 über unsere finanzielle Lage am nächsten Wochentag sprechen.

Bachmike (Dem.): Wir befinden uns in einer
 Zwangslage.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Forderungen der
 Eisenbahnarbeiter sind nach eingehender Prüfung seitens des
 preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des
 Reichsverkehrsministeriums für durchaus berechtigt anerkannt
 worden, insbesondere im Hinblick auf die Forderungen in
 der Privatindustrie und in den öffentlichen Betrieben. Wir
 erwarten aber, daß diese Streikandrohung die letzte war (1),
 und daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den Dienst des
 Vaterlandes stellen.

Franz Riech (Unabh.) stimmt dem Antrag zu.

Royer (Soz.): Die Teuerungszuschläge müssen nach der
 geltenden Skala bewilligt werden.

Degler (DN): Die Beamtenspendanten warten seit
 länger als einem Jahr auf eine Ausbesserung ihres Ein-
 kommens. Es wird uns so schwer gemacht, diesen Antrag
 zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Wirth: Die Reichsregierung über-
 nimmt die Verantwortung für den Antrag.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr: Reichstags-
 wahlgesetz und Reichspräsidentenwahlgesetz.

Schlus: 8 1/2 Uhr.

San Remo.

Drei deutsche Noten.

Paris, 21. April. Die deutsche Delegation hat der Freie-
 denkonferenz drei Noten zugehen lassen. Die erste Note
 erlucht um die Ermächtigung, den Bestand der in der Ueber-
 einkunft vom 8. August 1919 für die neutrale Zone zuge-
 standenen Truppen dahin abzuändern, daß statt einer ge-
 wissen festen Anzahl Einheiten ein anderer Totalbestand be-
 willigt wird. Weiter wird verlangt, daß in diesen Truppen-
 beständen statt zwei elf Batterien Artillerie inbegriffen wer-
 den. Mit der zweiten Note übermittelte die deutsche Dele-
 gation der Friedenskonferenz ein Memorandum des Kriegs-

ministeriums, welches dahingehende Ermächtigung zu erlangen, den Bestand der ständigen deutschen Armee von 100.000 Mann, wie der Friedensvertrag vorseht, auf 200.000 Mann zu erhöhen. Das Memorandum macht Angaben über die Anzahl der Infanterie- und Kavalleriebrigaden, sowie über die Zahl der schweren Batterien und Fliegergeschwader, die das Kriegsministerium beibehalten möchte. Die dritte Note übermittelte den Text der deutschen Antwort an die internationalisierte Kontrollkommission bezüglich der Ausübung der Einwohnerwehren. Ihr ist eine Abschrift des Schreibens beigelegt, mit welchem die deutschen Bundesstaaten aufgefordert wurden, dem Begehren der Entente um Auflösung der Einwohnerwehren zu entsprechen.

Paris, 21. April. Nach Meldungen aus San Remo soll Vatium internationalisiert werden.

San Remo, 21. April. Der Oberste Rat verhandelte heute morgen über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrags mit der Türkei. Der Rat prüfte alsdann die territoriale Frage Armeniens und die neue Grenze dieses Staates, wie sie durch die Note des Völkerbundes beantragt wurde. Schließlich befasste sich der Rat noch mit der Vatium-Frage und der Stellungnahme des Völkerbundes zum Schutze der türkischen Minderheiten.

Die Aufteilung der Türkei.

Paris, 21. April. Der Sonderberichterstatter des „Transilvaunt“ berichtet aus San Remo, Benizelos habe, von England u. Italien unterstützt, bei der Aufteilung der Türkei einen großen Teil erhalten. Griechenland werde die gesamte europäische Türkei mit Ausnahme der Bannmelle von Konstantinopel zugesprochen.

Amsterdam, 21. April. Der Berichterstatter des Westminsters Gazette in San Remo meldet, die italienische und die jugo-slavische Regierung seien in der adriatischen Frage zu einem Einvernehmen gekommen. Der Berichterstatter meldet über den türkischen Friedensvertrag, das türkische Reich werde stat. zerstückelt werden, da Syrien, Palästina, Mesopotamien, Ägypten, Armenien, Thrakien und Smyrna genommen würden. Hinter Adana soll eine französische, hinter Adana eine italienische Zone festgesetzt werden. Die Türkei wird die Hälfte aller Untertanen verlieren und ungefähr 9 Millionen Mohammedaner u. 2 Millionen Christen umfassen.

Gegenläge.

Basel, 22. April. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ haben sich Lloyd George und Mussolini vor der Konferenz schriftlich auf folgendes Programm geeinigt: Die Entwaffnung Deutschlands wird gefordert unter Androhung der wirtschaftlichen Blockade. Zugleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn nötig vermittelt einer neuen Konferenz mit Deutschland, was einer Revision des Versailler Vertrags und einem Wiederaufbau Deutschlands mit der Unterstützung der Alliierten gleichzusetzen wäre. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit oder auch später verhandelt werden. Das Blatt hält die Uebereinstimmung der beiden Minister in der Frage der Entwaffnung Deutschlands für sicher, aber Frankreich sei mit den vorgeschlagenen Mitteln und Wegen nicht einverstanden.

Genf, 22. April. Die Pariser Presse gibt jetzt offen und einmütig zu, daß die von Millerand gegenüber Deutschland besetzte Gewaltspolitik in San Remo beim englischen wie beim italienischen Ministerpräsidenten auf einen bisher unerwarteten Widerstand gestoßen sei. Man brauche jedoch deshalb an einem Zustandekommen eines Einvernehmens noch nicht zu verzweifeln.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus Mülheim (Ruhr) wird uns am 18. April geschrieben: Sonnabend, den 17. April, mittags 12 Uhr, begann die Frist zur endgültigen Ablieferung der Waffen und endet Montag, den 19. April, um 12 Uhr mittags. Bis dahin müssen alle Waffen abgeliefert sein. Wer nach Ablauf dieser Frist vorläufig u. unbefugte Waffen oder Munition im Besitze oder Gewahrsam hat, wird mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, in schweren Fällen mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann Gefängnisstrafe (nicht unter einem Jahr) verhängt werden. Zuständig sind die außerordentlichen Kriegsgerichte, deren es 17 gibt und zwar in Münster, Wesel, Düsseldorf, Duisburg, Mülheim (Ruhr), Essen, Elberfeld, Arnberg, Hagen, Dortmund, Bochum, Soest, Bielefeld, Lina, Heddinghausen Hamm und Dorsten. Erneute Hausdurchsuchungen nach Waffen beginnen Montag, den 19. April, um 12 Uhr mittags. Hier ist man der festen Ueberzeugung, daß dank den angeführten energischen Maßnahmen die Waffenablieferung einen befriedigenderen Verlauf nehmen wird, als bisher, namentlich in den Bezirken Düsseldorf und Hagen, wo unverhältnismäßig geringe Mengen an Waffen abgegeben worden sind. Von der gesamten ordnungsliebenden Bevölkerung wird übereinstimmend die Waffenabgabe als die Vorbedingung für eine dauernde Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Industriegebiet bezeichnet. Auf diesem Standpunkt steht auch der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, der an den Reichstanzler folgendes bemerkenswerte Telegramm sandte:

„Aus allen Teilen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks kommen an uns Hilferufe um strengste Durchführung der Waffenabgabe. Wird Waffenabgabe im gesamten Bezirk nicht erzwungen, so sind neue Unruhen unausbleiblich. Allerstrengste Durchführung des Erlasses tut daher dringend not.“

Von Interesse dürfte es sein, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß eine ganze Reihe rheinisch-westfälischer Berufsverbände in letzter Zeit Belegheith genommen hat, gegen ihre Berliner Zentralleitungen wegen deren tendenziöser Stellungnahme zu den Vorgängen in Rheinland-Westfalen aufs allerhöchste zu protestieren. So hat kürzlich die Abteilung Dortmund des Verbandes deutscher Fußballspieler an den deutschen Beamtenschafts-Bund in Berlin eine Depesche geschickt, in der mit dem Ausdrück aus dem Beamtenschafts-Bund gebrocht wurde, falls dieser weiterhin seine „unglaubliche Politik“ fortsetze und der hiesigen Be-

amtenschaft in den Rücken falle. Man habe, so hieß es u. a. in der Depesche, von der vom Beamtenschafts-Bund in Verbindung mit einer Anzahl anderer Berufsverbände gestellten Forderung auf Zurückziehung der Reichswehr aus dem Industriebezirk „mit größter Enttäuschung Kenntnis genommen“. Wäre man denn nicht in Berlin, so fragte ferner die Dortmunder Abteilung der Fußballspieler, daß sämtliche Staats- und Gemeindefunktionäre in den Streit getreten seien, „um dem kommunistischen Schreckenregiment ein Ende zu bereiten und alle hilfernd nach Mülheim zu veranlassen.“

Das Reichswehr-Schützen-Regiment Nr. 61, das gegenwärtig in Mülheim steht, soll, wie hier verlautet, demnächst in seine alte Garnisonstadt Düsseldorf zurückkehren. Das genannte Regiment hat während der Kämpfe vom 16. März bis zum 6. April allein 34 Mann an Toten verloren, darunter 9 Offiziere! In Mülheim sind bereits einige Abteilungen der grünen Sicherheitspolizei eingezogen.

In der Mülheimer Zeitung findet sich eine Zuschrift, die einen charakteristischen Beitrag zu dem Kapitel „Führer“ liefert. Es heißt in dieser Zuschrift u. a.:

„Dann möchte ich noch etwas über die Führer der Unabhängigen und Kommunisten sagen. Bei allem Aufbruch, auch hier in Mülheim, sehen wir, wie die Verführer die Massen aufpeitschen, sobald aber die Sache bezwungen wird, bringen sie sich genug über wertvolle Person in Sicherheit. Habe ich doch hier mit eigenen Ohren gehört, wie der Herr Ridel vom Balken des Rathauses sagte: „Wir kämpfen bis zum Weißbluten, nur über unsere Leichen und die Trümmer des ganzen Industriebezirks kann die Reichswehr hier einmarschieren.““

Herr Ridel ist nun zwar keine Weiche geworden, hat sich aber dafür unter Mitnahme der übrigen Mittel in Sicherheit gebracht, wie die meisten der Oeget. Hin und wieder gelingt es aber doch den Truppen, einen guten Fang zu tun, so kürzlich in der nördlich von Weisenthal gelegenen Stadt Buer, der die partakistische Herrschaft übrigens auch einige 100.000 Mark gekostet hat. Hier in Buer wurde der Führer der Unabhängigen, der Stadtverordnete Hagen, verhaftet, der beschuldigt wird, während der Roten Herrschaft 60.000 M. erprecht und für eigene Zwecke benutzt zu haben. Ja, die „Führer!“ Die Nachricht, daß die Regierung das Landesvertragsverfahren gegen das Mitglied der Unabhängigen-Fraktion, den Abgeordneten der Nationalversammlung Dr. Hagen, eingeleitet hat, ruft hier große Genugtuung hervor und man hofft mit Bestimmtheit, daß die Regierung endlich mit aller Strenge gegen die Landesvertrags- und Verbrechen vorgehen wird, von denen ein großer Teil noch immer nicht bestraft ist.

Die Gege der unabhängigen und kommunistischen Elemente gegen die Truppen dauert an. Junge Burshen in Militär-Entlassungsanzügen bringen beim Eintritt der Dunkelheit in Wohnwohnungen und nehmen „Hausdurchsuchungen“ vor. Gewöhnlich handelt es sich um verpackte Rotgardisten, die sich auf diese Weise Mittel zum Unterhalt zu verschaffen versuchen. Andere Leute lassen mit Photographien gefällener Angehöriger der Sicherheitspolizei herum und geben diese Photographien als Bilder gefallener Rotgardisten aus. Man sieht, das partakistische Feuer glimmt weiter, weil das Gefindel noch immer nicht die Ueberzeugung hat, daß die Regierung in Zukunft rücksichtslos vorgehen gedenkt. Zutreffend erzählt der Kommandeur der 2. Westfälischen Reichswehrbrigade Nr. 31, Generalmajor von Camppe, in einem Aufsatze, daß noch kein Friede, noch kein Sieg da sei. „Westfalen! Hannoveraner! Oldenburger und Lipper! — heißt es in diesem Aufsatze u. a. — Seid nicht leichtgläubig! Seid nicht blind! Nur mit Eurer Hilfe ist ein Friede zu erzwingen. Nur dann werdet Ihr Herr der Lage werden, wenn Ihr Euch anstrakt und Euren in der Front kämpfenden Brüdern den Rücken deckt. Die Reichswehr ist in der Front notwendig. Es würde zu Zerstückelungen führen, wenn sie die räumlichen Verbindungen selbst sichern sollte. Nur mit Eurer Hilfe läßt sich die restlose Entwaffnung der Rebellen durchführen.“

Belagerungszustand im besetzten belgischen Gebiet.

Nach, 21. April. Eine Verfügung des belgischen Platzkommandanten besagt, daß infolge einer antialliierten Kundgebung der Bevölkerung im besetzten Gebiet innerhalb der belgischen Zone auf die Dauer von vorläufig 3 Wochen der Belagerungszustand in Kraft tritt und daß zugleich die Einziehung außerordentlicher Kriegsgerichte erfolgt.

Wähtung, Ostmärker!

Berlin, 21. April. Der deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen gibt Fahrpläne für freie Reise in die Abstammungsgebiete auf dem Wege über die Unterorganisationen aus. Diese Scheine gelten 21 Tage vor und 21 Tage nach der Abstimmung, die voraussichtlich im Juni stattfindet. Stimmberechtigte Ost- und Westpreußen, die die Einreise früher antreten wollen, erhalten das Reisegeld 3. Klasse für hin und zurück erstattet, wenn sie vor Eintritt der Reise einen Antrag bei ihrem Heimatbund oder einer Zweigstelle des Deutschen Schutzbundes stellen und nach ihrer Rückkehr nachweisen, daß sie am Abstimmungstage an ihrem Geburtsort anwesend waren.

Am 6. Juni Reichstagswahl!

Berlin, 22. April. Die Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik werden nunmehr am Sonntag, den 6. Juni, sicher stattfinden. Die Nachricht von einer neuen Verschiebung des Termins entspricht nicht den Tatsachen.

Die Redar-Vorlage.

Berlin, 21. April. Ueber die Stellungnahme des Reichsverkehrsministers zur Redarvorlage wird nachträglich gemeldet: Der Reichsverkehrsminister Dr. Vell hat am Samstag im Haushaltsausschuß bei der Beratung der Redarvorlage erklärt: Die Einbringung des Redarprojekts kann die Durchführung der bayerischen Großschiffahrtspläne nicht beeinträchtigen. Die Reichsregierung ist bereit, die bayerischen Großschiffahrtspläne ebenso zu fördern und zu beschleunigen, wie den Ausbau des Redars, sobald Bayern die Voraussetzungen nachweist, wie sie für die württembergische Vorlage als ausreichend angenommen worden. Es sei die Meinung aufgetaucht, daß es sich hier um ein Konkurrenzunternehmen

zu dem bayerischen Großschiffahrtsplan handle. Die Auffassung sei unrichtig.

Erzbergers steuerliche „Sonderheit.“

Berlin 21. April. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung teilte der treue Mitarbeiter Erzbergers, der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium Böhle mit, daß der Vorwurf, der ehemalige Reichsfinanzminister habe gegenüber der Steuerbehörde wesentlich falsche Angaben gemacht, nach dem Ergebnis der eingehenden Untersuchung keine Befestigung gefunden habe. Also wiederum wird nicht bestritten, daß falsche Angaben gemacht sind, also Steuerhinterziehung vorliegt. Nur will Herr Böhle wissen, daß Erzberger unvorsichtlich gefündigt habe, das wird das Gericht wohl noch nachprüfen haben.

Die Untersuchung gegen Kapp und Genossen.

Leipzig, 22. April. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, ist dem Reichsgericht die Untersuchung gegen Kapp-Lühwig und Genossen wegen Hochverrats in vollem Gange. Die Befassung der Namen der Beschuldigten wird erst dann erfolgen, wenn die Voruntersuchung abgeschlossen ist.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 23. April 1920

* **Uebertragen** wurde eine Oberrealschule an der Realschule in Rünzelsau dem Oberrealschullehrer Waldmann an der Realschule und Realschule in Magold.

* **Uebertragen** wurde je eine technische Eisenbahninspektorstelle: bei der Eisenbahnbauinspektion Calw dem Feldmesser Weßlinger und dem Bauwerkmeister Boos, bei der Eisenbahnbauinspektion Dorsten dem Bauwerkmeister Siegle und dem Bauwerkmeister Wilhelm Mayer, bei der Eisenbahnbauinspektion Nord dem Bauwerkmeister Weiland.

* **Schwab. Volksbühne.** In der heutigen Aufführung von „Anna von Barnhelm“ spielt Herr Oberregisseur Ernst Stodinger den „Juli“ und Herr Arthur Mainer den „Witz“, den „Lillem“ Herr Hans Meißner. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr.

* **Neue Höchstpreise für Rindfleisch.** Das Reich hat den Mehrerlös, der sich nach Aufhebung der Hülle u. Ueberbewirtschaftung durch das Reich aus der Steigerung der Preise für rohe Hülle von Schlachttieren gegenüber den früheren Hüllehöchstpreisen ergibt und der, wie in zahlreichen anderen Ländern, so auch in Württemberg den Tierhaltern in vollem Maße überlassen worden ist, für die Zeit vom 19. April bis 16. Mai 1920 neu festgesetzt. Die neue Festsetzung bedeutet zwar gegenüber dem bisher vom Reich festgesetzten Mehrerlös eine Verabteilung. Diese Verabteilung bleibt aber immer noch hinter dem auf den letzten Hüllequoten eingetretenen tatsächlichen Sinken der Hüllepreise nicht unwesentlich zurück. Württemberg hätte daher eine weitergehende Verabteilung des Hülleerlöses durch das Reich gerne gesehen, muß aber, wenn nicht die Viehauflösung u. damit die Fleischversorgung aus äußerster Gefahr werden soll, die vom Reich festgesetzten Hülleerlöse auch den württembergischen Tierhaltern zukommen lassen. Die Bezahlung dieser Mehrerlöse aus die Tierhalter schließt für die Metzger, die zuerzt aus den Hüllen tatsächlich weniger Wien, erhebliche auf die Dauer nicht erträgliche Verluste in sich. Unter diesen Umständen läßt sich nicht umgehen, ihnen im Fleischpreis einen gewissen Ausgleich zu gewähren. Die Fleischverorgungsstelle hat daher die Kommunalverbände ermächtigt, die Höchstpreise für Rindfleisch in Stuttgart auf 4.20 M. und in den Gemeinden des Landes auf 3.80 M. bis 4 M. zu erhöhen. Der Unterschied zwischen Stuttgart und dem Land rührt daher, daß wegen der Erhöhung der Stuttgarter Schlachtholgebühren ein besonderer Zuschlag von 15 J. erforderlich war. Falls die Hüllepreise je wieder steigen sollten, wird die Fleischverorgungsstelle auf entsprechende Senkung der Fleischpreise bedacht sein.

* **Die Höchstpreise für Zwiebeln** wurden am 15. April aufgehoben.

* **Die Ablieferungsprämie für Kartoffeln** beträgt für die nach dem 26. April gelieferten Kartoffeln 5 M. für den Zentner.

* **Die Schraube ohne Ende.** Die am 9. September festgesetzten Höchstpreise für Süßigkeiten sind durch Verordnung des Ernährungsministers vom 10. April um rund 90 Proz. erhöht worden (sowohl für Hersteller, wie für Groß- und Kleinhändler). Im Kleinverkauf kosten z. B. Pastetenbonbons 36.80 M. pro Kilo (bisher 19.60 M.). Der Verein der rheinischen und westfälischen Tafelgeschäften m. b. H. in Bonn hat den Preisverhörsaufschlag auf die Grundpreise für Feinsteralas von 230 auf 285 Proz. erhöht.

* **Eitle Hoffnungen.** Das Ansehen des Marktes hat in den Kreisen der Schieber eine katastrophale Wirkung ausgelöst. Die Geschäfte gingen nicht mehr wie früher. Die Abnehmer wurden zurückhaltend. Wenn eine solche Entwicklung naturgemäß nur begriffen werden kann, so muß doch davor gewarnt werden auch für das reelle Geschäft und den gesunden Handel von der Besserung unserer Valuta eine baldige Besserung in der Richtung auf niedrigere Preise zu erwarten. Nach Lage der Verhältnisse ist leider nicht damit zu rechnen, daß die Preise für Bedarfsartikel in der nächsten Zeit herunter gehen werden. Im Gegenteil, die allermeisten unserer Gebrauchswaren haben heute im Ausland noch einen Preis, der selbst bei wesentlichen gestiegenen Valuta noch weit unter dem Weltmarktpreis liegen würde. Das ist auch die Auffassung aller maßgebenden Kreise; und es kann deswegen nur davor gewarnt werden, an die Besserung unserer Valuta allzu freudige Hoffnungen zu knüpfen.

* **Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheim.** Ferienheim für Handel und Industrie (St. Wiesbaden) verleiht jeden ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1919. Sie hat danach 9 Hölme mit 910 Gastbetten in Betrieb gehabt und in 106836 Verpflegungstagen 7352 Gästen Aufnahme gewährt. Diese Zahlen hätten bedeutend größer sein können, wenn nicht die politischen Unruhen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die volle Ausnutzung der Heime behindert hätten. Außer kaufmännischen Angestellten waren auch eine große Anzahl Ingenieure und andere technische Angestellte, sowie selbständige Kleinkaufleute Gäste



Amtliche Bekanntmachungen.

Häutemehrerlös.
I. Vom 19. April bis 16. Mai 1920 einschließlich bis auf Weiteres beträgt der Häuteguschlag für den Zentner Lebendgewicht:
für Rinder, ausgenommen Rälber M 142.—
Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurz-
wolligen Fellen M 235.—
Schafe mit Wölhen M 201.—
Ferde einschließlich Fohlen, Fein, Maul-
tieren und Maulsehn M 92.—
Diese Beträge werden den Tierhaltern in voller Höhe gewährt.
Bei Rälbern erhält der Tierhalter keinen Häuteguschlag, sondern die Haut selbst beim den Erlös aus der Haut entsprechend den Häute-Auktionspreisen.

II. Die Höchstpreise für Kuh- und Zuchtindoleh von M 130 für 50 kg. Lebendgewicht werden für die gleiche Zeit in folgender Weise erhöht:
bei Großvieh 130 + 142 = M 272.—
bei Rälbern 130 + 284 = M 414.—
Der Schlachtschlag für Jungstieren, hochtrachtige Rinder und Kühe mit mindestens 8 Liter täglichem Milchertag zur Zeit der Verküpfung beträgt nach wie vor höchstens M 400.— für gewöhnliche Jungstiere und Jungtiere höchstens M 200.—
Nagold, den 22. April 1920. Oberamt: Müng.

Schlachtoch- und Fleischbeschau in Wirtschaften.
Gemäß § 2 Absatz 3 des Schlachtoch- u. Fleischbeschau-
gesetzes ist u. a. der Haushalt der Gast- und Schankwirte nicht als eigener Haushalt im Sinne des § 2 Absatz 1 gen. Gesetzes, (wonach die Schlachtoch- und Fleischbeschau unterbleibt), anzusehen. Die Beschau ist also immer vorzunehmen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung.
Nagold, den 22. April 1920. Oberamt: Müng.

Betreff: Ablieferungsprämien für Brotgetreide u. Gerste.
Baut Handbroschen der Reichsgüterstelle Berlin vom 12. April d. J. R. R. 612 A. 154 wird die Prämienzahlung von M 300.— für die Tonne für Brotgetreide u. Gerste bis 15. Mai d. J. verlängert. Die Senkung der Prämie auf M 200.— für die Tonne tritt erst nach dem 15. Mai ein. Im übrigen ist die Höchstprämie von M 300.— auch nach dem 15. Mai noch zu gewähren, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können.
Nagold, den 22. April 1920. Oberamt: Müng.

Amtsgericht Nagold.

In das Vereinsregister

ist heute eingetragen worden:
„Fußballklub Nagold von 1911“.
Den 21. April 1920.
1851 Landgerichtsrat (ges.) Hübner.

Amtsgericht Nagold.

In das Handelsregister

Abteilung für Einzelfirmen Band I Blatt 278 ist heute eingetragen worden die Firma
„Karl Armbruster, Söhlleder-Gerberei in Altensteig.“
Inhaber der Firma ist Karl Armbruster, Gerbermeister in Altensteig.
Den 21. April 1920.
1850 Stv. Amtsrichter (ges.) Goppelt.

gegen 1864
Käsemarke 42
werden
125 Gr. Kunstthonig
zu Mk. 5.00 per Pfund ab-
gegeben bei Frau. Benz,
Brüningler, Gauß Kond.,
Gauß Karoline, Grüninger
Jakob und Helber Wwe.
Nagold, 23. 4. 20.
Städt. Nahrungsmittelamt.

Abgabe von Feintalg
an Versorgungsberedung der
Bundstaaten 3 und 4 am
Samstag vormitt. von 8 Uhr
ab bei Wegner Chr. Bäcker
gegen Ausweis vom Rathaus.
Es trifft die Person
125 Gr. zu Mk. 10.50 p. Pfd.
Nagold, 22. 4. 1920.
Städt. Nahrungsmittelamt.

Anstelle der in dieser Woche
ausgegebenen Butter werden
gegen Buttermarke I
bei Müller Wwe, Kaufs Wwe.,
Lang, Kaufs Wilhelmine,
Schittenhelm, Schmid Friedr.,
Schwan Wwe. und Strenger
200 Gr. Margarine
zu Mk. 8.30 das Pfd.
abgegeben. 1863
Nagold, 22. 4. 20.
Städt. Nahrungsmittelamt.

1861 Eine jährige, trüchtige
Ziege
(hornl. u. rehl.)
verkauft
G. Kauf, Unterschwandorf.

Heinen's und Zapf's
Kunst-Most-Ansatz
zur Mostzubereitung
empfiehlt
Löwen-Drogerie
Gehr. Benz, Nagold
1853 Bahnhofstr.

Nagold.
Der Unterzeichnete verkauft
aus der Verlassenschaft seines
Bruders Gottfried Roth,
Weichenwärters bei seiner
Wohnung am Samstag, den
24. d. M., nachm. 1 Uhr:
1 Säulenfabr.,
1 Fatterschneidmaschine,
1 Kuhgeschier,
1 zweirädrigen Karren,
1 Schuhmacher-
Rähmaschine.
Chr. Roth.
1857

**Schreiner-
Lehrlingsgesuch.**
Ordenmeister
Junge,
welcher Lust hat, die Schrei-
nerei zu erlernen, kann sofort
eintreten bei 1855
Christian Lehre,
Schreinermeister
Hatterbach.

Pflichten fertigt G. W. Zaiser.

Öffentliche Versammlung

in der Seminarturnhalle
am Samstag den 24. April 1920, abends 8 Uhr.
Vortrag

von Dekan Groß von Hall über:
Die Aufgaben der Landeskirchenversammlung.
Hiezu werden alle evangelischen Gemeindeglieder von
hier und von der Umgegend freundlichst eingeladen.
Namens des Wahlausschusses für Dekan Groß:
1858 Stadtpfarrer Dr. Schärer.

Württemberg. Schwarzwaldverein.
Bezirksverein Nagold.
Ausflug
am Sonntag, den 24. April 1920:
Nagold—Minderbach—Kottleben—Wald-
berg—Rühlberg—Nagold.
Abgang 1 Uhr nachm. bei der Schiffsbrücke.
1869 Vorstand: Schleicher.

1852 Ebershardt, 22. April 1920.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme,
die wir während der Krankheit und beim Hinschei-
den unseres lieben Vaters, Paters, Sohnes, Br-
ders, Schwagers und Schwagerbruders
Andreas Schmelzle
Schmied
erfahren durften, sagen innigen Dank
die trauernden Hinterbliebenen.

Carl Hölzle, Nagold,
Sattler- und Koffermeister
empfiehlt in großer Auswahl:
**Schulranzen, Handtaschen,
Rucksäcke, Geldtaschen, Porte-
monnaies, Uhrenarmbänder, Gummi-
hosenträger, sowie die Ersatzteile zu
Reparaturen, Fussbälle und
Gummihüllen etc.**

Efringen.
Unterzeichnete sucht sofort
oder auf 1. Mai für zwei
ältere Personen ein
**älteres Fräulein
oder Frau**
zur Führung des Haushalts,
welche auch kochen und waschen
kann. 1836
Konrad Dingler.

**Widder
Tinte.**
Überall zu
verlangen.
FAWidder
Chemische Fabrik
Stuttgart.
Hauptlederlage
G. W. Zaiser
Nagold.

Nagold.
**Fleischräucher
Brückenwagen
Güldenpumpen
Kartoffelquetschen**
1611 empfiehlt
Johs. Werner.
Tel. 111.

Echhausen.
Schöne Hal. 1806
Zwiebel
sind eingetroffen.
Aug. Kessler.

Säcke
einmal gebr. amerik.
Weißsack, garantiert
lochtrei, per Stück M 18.—
In neue Jutesäcke,
2 1/2 Ztr. fassend, per Stück M
30.—, versendet u. Nachnahme
H. König, Efringen b. Heiden.
36 m

Nagold.
Freiwillige Feuerwehr.
Am Samstag, den 24. April 1920, abends 7 1/2 Uhr
findet im Gasthaus zum „Pflug“ die
Korpsversammlung

statt. (Paragraph 12 der Statuten).
Tagesordnung:
1. Bericht über den gegenwertigen Mannschafstand.
2. Kassenbericht.
3. Jahresbericht.
4. Bekanntgabe des Uebungsplans 1920.
5. Sonstiges.
Die Mitglieder werden zu zahlreichem Erscheinen ein-
geladen.
Das Kommando.
NB. Etwaige Anträge müssen 8 Tage vor der Korps-
versammlung beim Kommando eingereicht werden. 1704

**Allgem. Ortskrankenkasse
f. d. O.V.-Bezirk Nagold.**
Die durch Reichsgesetz vom 1. April 1920 vorgeschrie-
benen Grundlohnänderungen machen eine durchgreifende Zelt-
stellung der derzeitigen Arbeitslöhne erforderlich. Wir machen
daher darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber, Dienstherr-
schaften etc. gesetzlich verpflichtet sind, den mit der Aufnahme
der Löhne betrauten Organen der Kasse vollständige und
wahrheitsgetreue Angaben zu machen. Die Arbeitgeber mit
einer größeren Zahl von Arbeitern werden ersucht, alsbald
besondere Lohnveränderungsanzeigen nach dem vorgeschriebe-
nen Formular an die Kassenverwaltung einzureichen.
Später eintretende Lohnveränderungen sind jeweils der
Kasse auf besonderem Formular innerhalb 3 Tagen anzu-
zeigen. 1861
Nagold, den 22. April 1920.
Vorst. d. Vorstandes: Wilh. Benz. Verwalter: Benz.

1888 Heute abend 7 1/8 Uhr
„Minna von Barnhelm“
Lustspiel in fünf Aufzügen von G. E. Lessing.
Den „Aust“ spielt Herr Oberregisseur Stodinger,
den „Wirt“ Herr Malinzer, den „Teufel“ Herr Weigner.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
ALTE STUTTGARTER
Größte europäische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegen-
seitigkeit
Gesamtversicherungsbestand der Bank:
1 1/2 Milliarden Mark
Der Reinzuwachs beträgt im Jahre 1919 222 Millionen Mark und
ist fast viermal so groß als im Jahre 1918.
Ankünfte erteilt in Nagold: P. Schmidt, Kaufm.

Für meinen Freibetrieb kaufe ich
Branntweine aller Art
und bitte um Angebote mit Muster.
Hermann Schuler, Karlsruhe i. B.
31 h Wilhelmstr. 4 a. Fernsprecher 3304.

1867 **Kurse am 22. April 1920**
mitgeteilt durch die
Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

5% Deutsche Reichsbank	78.75	4% Frankf. Hypoth.-	100.50
1.-9. Kriegsbank	78.10	4% Rheinl. Hypoth. Bk.	102.20
4% dgl. v. 1918 unk. 1925	67.50	4% Württ. Hypoth. Bk.	106.—
3 1/2% dergl.	75.—	3 1/2% dergl. kdb. A-D	97.—
3% I. Dtsch. Schatzanw.	100.20	u. K-N	97.—
4% Bad. Anleihe	91.50	3 1/2% dergl. kdb. ab	95.—
3 1/2% d. v. 1900	—	1912, 1915	95.—
kdb. ab 1905	—	4% Württ. Kreditvereine	108.50
4% Württemberg, k. 1915	93.75	Obligationsen.	
1921 u. 1935	92.50	4% Stadt Frankfurt a. M.	113.—
3 1/2% dergl. v. 1875	92.50	4% Stadt. Stadt.	111.—
3 1/2% d. v. 1879/80	86.—	Effiren.	
1885/95	86.—	Darmstädter Bank	154.50
3 1/2% dergl. v. 1881/85	78.—	Deutsche Bank	309.—
Lit. L-O	76.—	Diskontogew. Akt.	220.—
3 1/2% dergl. von 1900	76.—	Dresdner Bank	187.—
(1903 ff.)	75.—	Bad. Anl. u. Bodafabrik	835.—
3% dergl. von 1898	75.—	Dalmier Motoren	395.—
Pfandbriefe.		Chfingen W. Interfabrik	254.—
4% Frankf. Hypoth. Bank	109.50		
3 1/2% dergl.	93.25		

